Einzelpreis 10 Pfg.

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Abend-Ausgabe

Inserate kosten die Nebengespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Jahrgang 2 — Donnerstag, den 30. Januar 1919 — Nummer 53

Die Ostfront gegen die Regierung.

Gegen den Zentralrat und die Volksbeauftragten.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat in den denkwürdigen Tagen, wo sie in Berlin durch bezahlte Söldlinge und Bourgeoisiesöhnchen die Spartakisten niederschlagen ließ, in Flugblättern wiederholt die Behauptung aufgestellt, die Gesamtheit der deutschen Soldaten stünde hinter ihr und sei mit ihren Maßnahmen einverstanden. Das war nicht wahr. Den Soldaten wird es immer klarer, daß diese Regierung die Errungenschaften der Revolution nicht sichert. Daß sie die Macht wieder in die Hände der alten Gewalthaber legt und die sozialistische Republik, für die die revolutionären Arbeiter und Soldaten gekämpft haben, in der schwersten Weise gefährdet. Der Zentralsoldatenrat der Ostfront hat jetzt gegen diese unsozialistische Regierung und den Zentralrat, der alle ihre Maßnahmen gutheißt oder kritiklos hinnimmt, folgende scharfe Protestresolution angenommen.

Der Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen ist angesichts der innerpolitischen Entwicklung der letzten Wochen der Ueberzeugung, daß der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik die ihm vom Reichskongreß übertragene Aufgabe, die revolutionären Errungenschaften zu sichern und auszubauen, in keiner Weise durchgeführt hat.

Der Rat der Volksbeauftragten als der Mandatare des Zentralrates trennt sich in Haltung und Maßnahmen immer mehr von der revolutionären Masse des Volkes, deren ausführender Wille er sein soll.

Die Stellungnahme zu den A.- und S.-Räten seitens der Regierung zeigt immer deutlicher, daß diese von den ursprünglichen Kraftquellen der Revolution abrückt. Die A.- und S.-Räte sind die autonomen Träger der revolutionären Gewalt. Ihr Gesamtwille hat sich als Organ den Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik geschaffen. Trotzdem sucht die Regierung mit Zustimmung desselben Zentralrates die A.- und S.-Räte systematisch auszuschalten oder beiseite zu drücken!

Die Verfügung des Rates der Volksbeauftragten über die Stellung der S.-Räte im Friedensheere ist nicht geboren aus dem vollerkannten Geiste einer neuen Zeit. Die vom Reichskongreß der Regierung überwiesenen Bestimmungen (die sogenannten 7 Hamburger Punkte), an denen sie nicht rütteln darf, kehren als eine Verzerrung zu den Auftraggebern, den revolutionären A.- und S.-Räten zurück!

Die Anordnung, daß dem Kriegsministerium kein S.-Rat beigeordnet wird, schaltet an der Zentrale, an dem Hirn des Heeres, die Mitwirkung des lebendigen Körpers aus. Nirgends im Heere wäre ein Soldatenrat so notwendig, wie im Kriegsministerium, dessen Verfügungen täglich den bestehenden S.-Räten vor Augen führen, was befohlen wird, wenn die innige Wechselwirkung zwischen dem Willen der Truppen und dem leitenden Befehlsorgan fehlt.

Die Verfügung, daß die Rangabzeichen im Grenzschutz aufgetragen werden können, ist ein schmächliches Zugeständnis in einem Augenblick, da endlich ein Teil der ersten Soldatenforderungen durchgesetzt worden ist.

Die Grußpflicht in der jetzt gegebenen Formulierung führt den alten Zwang auf anderen Wegen ein und durchbricht das erste Prinzip der revolutionären Armee, daß es Vorgesetzte nur im Dienst geben darf.

Aber über diese Einzelverfügung von grundlegender Bedeutung hinaus erfüllt die gesamte innerpolitische Entwicklung, die entschieden revolutionären Teile des deutschen Volkes mit Zorn und Empörung. Die Gegenrevolution von rechts kommt nicht mit gewaltsamen Entladungen, wie man in den vergangenen Wochen manchmal befürchtet hat, sie ist lebendig — organisch — wachsend vor unseren Augen —, da, genährt und herbeigeführt von der deutschen sozialistischen Regierung, die gebildet wurde zur Sicherung und zum Ausbau der Revolution.

Wie kann eine Regierung an diesen Ausbau heran gehen, wenn sie die erste Forderung einer Sicherung der Revolution so außer Acht läßt, wie es diese Wochen zeigen?

In allen Teilen des Reiches triumphiert der alte Geist! In seinen alten Trägern erhebt er täglich kühner das Haupt. Die A.- und S.-Räte, denen Millionen deutscher Volksgenossen im vollsten Vertrauen ihr Schicksal übertragen haben, sind zu lästigen Institutionen geworden und schon glauben die Machthaber von gestern die Stunde nahen, da diese fallen müssen, fallen werden.

Angesichts dieser Entwicklung erhebt der Zentralrat der Ostfront und Ostseeprovinzen den schärfsten Protest dagegen, daß der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik diese Preisgabe aller ihm anvertrauten Errungenschaften der Revolution zuläßt und durch seine Billigung fördert.

Wir fordern den Zentralrat auf, vor aller Oeffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, wie er vor seinen Schöpfern, den A.- und S.-Räten ganz Deutschlands, diese Geschehnisse zu verantworten gedenkt und ob er gewillt ist, mit aller Entschiedenheit das Steuer nach links zu wenden, den Geist der revolutionären Energie auch gegen die Volksbeauftragten durchzusetzen.

Wir warnen in dieser Stunde vor der kommenden Entwicklung. Wir alle sehen einen neuen gewaltigen revolutionären Strom durch Deutschland heranbrausen, und wir fordern deshalb eine klare und feste sozialistisch-revolutionäre Politik.

Vom herrlichen „Volksheer".

Während die Proteste gegen die Verfügung des Kriegsministers betreffend die Kommandogewalt allerwärts anwachsen, fordern auch die Offiziere eine Abänderung des Erlasses — freilich in dem Sinne, daß alle Macht wie vor der Revolution wieder in ihre Hände gelegt werde. So hielt gestern in der Berliner Hochschule für Musik der Nationalverband deutscher Offiziere eine Protestversammlung ab. Dieser Nationalverband, der sich vom Deutschen Offiziersbund abgesplittert hat, will eine ausgesprochene politische Kampforganisation sein. Der „Lokalanzeiger", der jede militaristische und gegenrevolutionäre Bewegung begönnert, muß aber selbst erklären, daß die anscheinend sehr tumultarisch verlaufene Versammlung Formen annehme, die die wünschenswerte Disziplin vermissen ließen. Und eben diese Herren maßen sich an, die Hüter der Disziplin und Manneszucht im deutschen „Volksheer" zu sein.

•

Es muß auch um die Mannschaften in den freiwilligen Truppen übel bestellt sein. Denn eine offiziöse Notiz besagt unter der Ueberschrift: „Keine Strolche und Diebe in die Freiwilligen-Regimenter": „In letzter Zeit häufen sich die Fälle, wo minderwertige Elemente unter Vorzeigung gefälschter Papiere Aufnahme in die Freiwilligen-Regimenter zu erhalten suchen, um dann ihre Anwesenheit daselbst zu Diebstählen an staatlichem und privatem Eigentum und Schiebungen aller Art zu benutzen. Das hat dahin geführt, daß seitens der Regimenter eine außerordentlich verschärfte Kontrolle eingeführt ist." — Fragt sich nur, was für ein Erfolg dabei herauskommt.

Zur Organisation des Ostschutzes.

Ueber die Kommandobehörden des Ostschutzes erfährt die „Deutsche Tages-Ztg.": „Die Nachricht, daß die Oberste Heeresleitung nach Kolberg versetzt wird, ist richtig. Hindenburg und Gröner werden schon in allernächster Zeit dort eintreffen. Das Armee-Oberkommando Nord wird nach Braunsberg kommen. Führer dieser Gruppe ist General v. Quast, sein Generalstabschef General v. Seeckt. Das Armee-Oberkommando Süd hat Breslau als Standort. Das Kommando hat der Kommandierende General des 6. Armeekorps, v. dem Borne, übernommen, als Stabschef ist ihm General v. Lossberg zugeteilt.

Es wird also von der Obersten Heeresleitung trotz Demobilisierung weitergearbeitet. Und man geht gegen A.- und S.-Räte vor, die die sich mehrenden Bahntransporte nach Osten nicht ohne weiteres durchlassen. Es wird für den Aufmarsch der Freiwilligentruppen unter der Maske „Ostschutz" mit Hochdruck gearbeitet!

Der neue Heeresbericht.

Bromberg, 30. Januar. (Amtlich.) Am 29. Januar wurden Krünsal, Wunschheim, Jaruschin und Gr.-Samokienst von unsern Truppen genommen. Zwei Maschinengewehre, Gewehre und Munition wurden eingebracht.

Welche Vorteile kann die Sozialisierung bieten?

Von Prof. Dr. C. Ballod (Atlanticus).

Der Sieg des Sozialismus ist gewissermaßen über Nacht gekommen. Die Ausnutzung des Sieges, an den niemand vor zwei Monaten gedacht hatte, bietet große Schwierigkeiten, weil man auf den Sieg nicht vorbereitet war, keinen Plan hatte, wie die Sozialisierung im gegenwärtigen Moment zu bewirken wäre. Zwar ist seit dem 5. Dezember eine Sozialisierungskommission am Werke, die die Frage der Sozialisierung einzelner Erwerbszweige untersuchen soll. Diese Kommission arbeitet mit Hochdruck — aber die zu bewältigende Arbeit ist, wenn alles gründlich, wissenschaftlich untersucht werden soll, eine ungeheure. Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter des privaten Unternehmertums, die angehört werden müssen, ihrerseits alle möglichen Einwände und Hinweise vorbringen, um den gesellschaftlichen bzw. Staatsbetrieb als unvorteilhaft, als langsam, schwerfällig, nutzlos für den Staat hinzustellen; nur der private Unternehmungsgeist, die Intelligenz des privaten Unternehmertums könne, so heißt es allenthalben, uns über die gegenwärtige Krisis hinweghelfen. Dabei erklären bürgerliche Nationalökonomen übereinstimmend, daß Jahrzehnte vergehen müßten, bevor die gegenwärtige Not überwunden werden könne, daß wir ein verarmtes Volk wären, das nicht sobald sich wieder erheben könne.

Da ist es denn doppelt von Belang, wenigstens eine vorläufige Berechnung vorzunehmen, ein vorläufiges Bild zu zeichnen, wie eine Gesamtsozialisierung wirken könnte, wenn sie unter Zuhilfenahme aller Mittel der Technik, unter Anwendung von „Vernunft und Wissenschaft" — „des Menschen allerhöchster Kraft", durchgeführt werden würde.

Schreiber dieses hat bereits vor 21 Jahren ein derartiges Bild zu entwerfen versucht. Es erschien bei Dietz in Stuttgart unter dem Pseudonym Atlanticus als „Produktion und Konsum im Sozialstaat".

Die Methode bei der Abfassung dieser Arbeit war die, daß Verfasser Beschreibungen über die Produktion in technisch fortgeschrittenen Betrieben, soweit solche in der Literatur zu finden waren, heraussuchte und nun zu berechnen suchte, mit wie viel, oder wie wenig Arbeitskraft das gesamte nationale Produkt, bezw. ein vorher festgelegter Bedarf zu erzeugen wäre, wenn alle Betriebe ebensogut und vorteilhaft arbeiten würden. Für die Landwirtschaft mußte eine Sonderberechnung gemacht werden, die Produktion eines fiktiven Landgutes bei Hochkultur, unter Anwendung aller vorhandener Maschinen ermittelt werden. Die Schrift wurde damals trotz der Empfehlung von Kautsky, der eine besondere, längere Vorrede geschrieben hatte, vielfach von sozialistischer Seite abgelehnt, weil man sie für einen Rückfall in den utopischen Sozialismus hielt und glaubte, aller Untersuchungen über den Zukunftsstaat entraten zu können, da ja doch die wirtschaftliche Entwicklung von selbst uns den Zukunftsstaat durch die Entwickelung zum Großbetriebe bringen müsse, daß erst, wenn diese Entwickelung vollendet wäre, der große Umsturz, der Uebergang zum Sozialismus kommen könne. Heute ist aber der Sieg des Sozialismus gekommen, bevor die Entwickelung zum Großbetriebe abgeschlossen ist. Ist das ein Grund, um am Sozialismus selber zu verzweifeln, die Hände in den Schoß zu legen und dem privaten Unternehmertum nach wie vor die Leitung der Volkswirtschaft zu überlassen?

Die Dinge liegen doch so, daß in den Massen ein brennendes Verlangen besteht, schon heute die Früchte der Sozialisierungsmöglichkeiten zu genießen, sich nicht damit abspeisen zu lassen, daß die fernen Enkel es einst besser haben sollen, nicht nach wie vor Not und Entbehrung zu leiden, mit der Unsicherheit der Existenz zu kämpfen. Es ist es doch von größtem Belang, zu untersuchen, ob wirklich das Verlangen der Massen unsinnig und utopisch ist, oder

ob nicht vielmehr, um die Thesen der Verfechter der alten Ordnung selbst zu zitieren, „Volkes Stimme, Gottes Stimme" ist. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer vorläufigen, annäherungsweisen Feststellung der Wirkungen einer vollen Sozialisierung zwang den Verfasser, das mittlerweile, seit 21 Jahren gesammelte Material über die Fragen der Produktivität und Intensität der Arbeit von neuem zu einem Gesamtbilde zu verarbeiten.

Verfasser hatte mittlerweile selbst, wenn auch nur „nebenberuflich", langjährige Erfahrungen mit der praktischen Landwirtschaft gemacht. Die Arbeit mußte infolge der sich überstürzenden Ereignisse sehr beschleunigt werden, konnte also nicht so eingehend durchgeführt werden, wie es das gesammelte Material gestattet hätte. Nichtsdestoweniger hat Verfasser die Ueberzeugung, daß noch eingehendere, sorgfältige Untersuchungen, wie sie namentlich die Sozialisierungskommission zutage fördert, zwar eine Reihe von Einzelheiten berichtigen, jedoch das Gesamtbild im negativen Sinne nur wenig verändern können.

In meiner neuen Arbeit, die dieser Tage unter dem Gesamttitel „Der Zukunftsstaat, Produktion und Konsum im Sozialstaat" bei Dietz, Stuttgart im Umfange von 240 Seiten erschienen ist, bin ich zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Es ist in Deutschland technisch-wissenschaftlich möglich, nach einer 3—5jährigen Uebergangszeit, während der eine hohe Arbeitsanspannung erforderlich ist, den landwirtschaftlichen sowohl wie den industriellen Betrieb (einschließlich Verkehrswesen) so umzugestalten, daß eine 5—6jährige „vaterländische Dienstpflicht" bzw. „Arbeitspflicht" aller jugendlichen Personen, vom 17. bis 22. bzw. (bei Frauen) vom 16. bis 21. Lebensjahr, ausreicht, um, gemessen am Friedenskonsum, ein reichliches Maß von Nahrungsmitteln und ausreichende Kleidung für die Gesamtbevölkerung zu erzeugen, ja darüber hinaus, die volle Entschädigung für die geistige Arbeit und eine Ablösungsrente für die auf Grund sorgfältiger Taxen abzulösenden Produktionsmittel zu ermöglichen. Das gesamte, in einer 5—6jährigen Arbeitszeit der Jugendlichen erzeugte nationale Produkt würde einen Wert von rund 57,5 Milliarden Mark haben (gemessen an Friedenspreisen), die Entschädigung für die geistige Arbeit (Lehrer, Techniker, Beamte usw.) ist mit 5 Milliarden bemessen, die Ablösungsrente mit 7½ Milliarde. Die Erstellung von Gebäuden ist in die Berechnung nicht hineinbezogen, weil angenommen wurde, daß die so früh zu einer lebenslänglichen Leibrente gelangten Bürger des Sozialstaates zunächst in ihrem ferneren Leben an die Schaffung eines behaglichen, gemütlichen Heimes gehen würden, um sodann in der Beschäftigung mit Gartenwesen, Kunsthandwerk, Kunst, Literatur, Wissenschaft aufzugehen.

Für den Wohnungsbau ist (soweit die vorhandenen Wohnungen nicht ausreichen) das Material in öffentlichen Großbetrieben zu erzeugen, um auch da die denkbarste Arbeitsersparnis herbeizuführen. Für das Heim ist einem jeden jeden Deutschen vom Staate ein je nach der Lage ½ bis 1, oder selbst 2 Morgen großes Grundstück kostenlos zur Verfügung zu stellen, bezw. es sind nur die Kosten zu verrechnen, die durch den Straßenbau, die Wasserversorgung usw. entstehen. Die lebenslängliche Leibrente beträgt für jeden Mann 1000 M., für jede Frau 840 M. Das erscheint bei den heutigen Preisen wenig — es sind aber Vorkriegspreise für die Lebensmittel berechnet und die Wohnungsmiete ist nicht in Rechnung gestellt. Die Wohnung in den bisherigen, vorhandenen Wohnstätten ist natürlich unzureichend, eben deshalb ist einem jedem der Bau eines behaglichen Landhauses, oder des Anteils an einem Stadthause möglich gemacht.

Was die Nahrungsmittel anlangt, so ist beim Fleischkonsum das 1½fache des deutschen Friedenskonsums (75 Kilogramm gegen 50 Kilogramm) in die Rechnung gesetzt, beim Zucker das Doppelte, sonst überall das Einfache. An Butter ist mehr als der frühere Friedenskonsum berechnet und zwar 200 Gramm auf den Kopf der Woche im Durchschnitt, an Margarine 120 Gramm. Die Gesamtration enthält einen kleinen Ueberschuß gegenüber der bisher angenommenen physiologischen Norm von Veit-Pettenkofer oder von Rubner. Für Gartenprodukte und Gemüse ist nichts vorgesehen, da angenommen ist, daß auch diese Produkte im späteren Leben in den Gartenheimstätten erzeugt werden. Die Verteilung der Lebensmittel ist ebenfalls als zusätzliche Arbeit im späteren Leben gedacht: d. h. es ist angenommen daß die staatliche (bzw. kommunale) Produktionstätigkeit die sämtlichen Produkte bis in die einzelnen (für ganz Deutschland 60 000—80 000) Gemeindeläden schafft, wo sie abwechslungsweise von allen Hausfrauen verkauft werden können unter der Leitung der dazu bestellten Gemeindebeamten.

Die Hauptschwierigkeit bietet natürlich die Uebergangszeit, die Zeit, während der die alte Volkswirtschaft nicht mehr voll erzeugt, die neue Organisation noch nicht durchgeführt ist. Die Erzeugung der alten Volkswirtschaft ist im Kriege in der Landwirtschaft auf ⅔ heruntergegangen, in der Industrie ist sie noch tiefer gesunken. Es handelt sich darum, diese gesunkene Produktion zu verdoppeln und zu verdreifachen, bzw. zum guten Teil erst darum, die Einrichtungen zu schaffen, die eine so zu erhöhende Produktion erst ermöglichen. Zu dem Zwecke müssen während der Uebergangszeit alle vorhandenen Arbeitskräfte zur Mitarbeit herangezogen werden: für die mittleren und höheren Lebensalter können verkürzte Arbeits- bzw. Dienstjahre festgesetzt werden: die Pflichtdienstzeit kann für Männer 5 Jahre im Alter von 20—25 Jahren betragen, 2½ bis 3 Jahre im Alter von 40—45 Jahren, 1—1½ Jahre im Alter von 50 Jahren. Verheiratete Frauen mit mehr als einem Kinde wären ganz freizugeben.

Aber die Organisation der Uebergangszeit? Diese ist möglich, sobald die geistigen Arbeiter in weitestem Umfange zur Mittätigkeit herangezogen werden, wenn man nicht der Ansicht huldigt, daß die industrielle Produktion dann am besten von statten gehen muß, wenn man die Fabrikdirektoren und Techniker an die Luft setzt, die geistige Arbeit als etwas ganz Nebensächliches ansieht. Es ist gar keine Frage, daß die geistigen Arbeiter die Sozialisierung mit Freuden mitmachen werden, sobald ihnen eine ersprießliche, schaffende Tätigkeit zugesichert wird. Es darf dabei nicht auf die frühere Parteizugehörigkeit gesehen werden! Es darf nicht dem Gedanken Raum gegeben werden, daß die Arbeit, die man nicht selbst machen kann, am besten ganz zu unterbleiben hat! Auf die Art ist der Sozialismus überhaupt nicht, weder heute noch in 100 oder 1000 Jahren, durchzuführen. Sondern man nehme das Gute, wo man es findet, man nehme diejenigen Techniker, Wissenschaftler usw., die gerade da sind — sie werden der neuen Staatsordnung sicher nicht aus bösem Willen Widerstand leisten.

Die zweite wichtige Forderung ist die, daß die Produktivität der physischen Arbeit nicht, wie im bolschewistischen Rußland, auf ⅓—¼ sinkt. Sondern es sind Arbeiterausschüsse zu schaffen, die scharf Obacht zu geben haben, daß niemand mehr angerechnet bekommt, als er tatsächlich leistet, d. h. daß niemand auf Kosten des andern oder der Allgemeinheit das auf ihn entfallende Arbeitspensum nicht leistet. Gerechtigkeit für alle, aber auch jedem nur entsprechend seinen tatsächlichen Leistungen! Ein jedes andere Prinzip führt zum Kampf aller gegen alle und zum Niederbruch und Aufhören aller Produktion!

Die Arbeiterräte sind auch ferner am Platze bei der Ueberwachung der Produktion — nur müssen ihre Befugnisse gegen die der Techniker scharf abgegrenzt werden, sie dürfen nicht die geistigen Arbeiter, den Techniker und Wissenschaftler meistern wollen. Geistige und körperliche Arbeit müssen Hand in Hand gehen. Alsdann kann aus dem Dunkel der Gegenwart auch dem deutschen Volke in verhältnismäßig kurzer Zeit eine hehre, lichte Zukunft erblühen!

Ein bürgerliches Urteil über den Meuchelmord.

In der letzten Nummer der „Zukunft" schreibt Maximilian Harden:

„Am 15. Januar wurde Liebknecht abends verhaftet, vor dem Eden-Hotel am Kurfürstendamm mißhandelt, im dunklen Tiergarten, weil er „floh", erschossen; von Mannschaften einer neuen Gardekavallerie-Schützen-Division, unter deren merkwürdiger Obhut die zugleich verhaftete Frau Luxemburg fast an derselben Stelle und in derselben Stunde, roh geschlagen, erschossen, sterbend oder tot aus dem offenen Automobil gerissen wurde. Die ersten Berichte, deren Wahrhaftigkeit an die des Großen Hauptquartiers erinnerte, wollten uns überreden, aufbrausender Massengorn habe die zwei gerichtet, die alle Gewalt für die Masse heischten. Daß nicht Volkswuth, sondern Militaristenrohheit die im Gedächtnis nun Untrennbaren zerprügelt, getötet hat, wissen wir heute; noch aber, am achten Tag nach dem Verbrechen, nicht, wie das Erlebnis solcher Schmach möglich wurde. Schrill hätten die Genossen Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissel aufgebrüllt, wenn in der Zeit kaiserlicher Regierung des Aufruhrs Verdächtige von Soldaten gepackt, in einem Luxushotel zur Schau gestellt, von Fäusten geknufft, mit Kolben geschlagen, nachts in offene, ungeschützte Autos verladen, unterwegs erschossen worden wären und den Amtsbericht, nach dem ein Leichnam aus dem Wagen geschleift worden und spurlos verschwunden sei, der Anhauch der ersten Frage in Stank aufgelöst hätte. Sieht so der Weg in Untersuchungshaft aus, seit die fünf Genossen sich Reichsregierung nennen? Ist der Divisionär, der Transportführer, die Begleitmannschaft für Sicherheit und Leben der Häftlinge nicht verantwortlich? Zwei geistige, trotz der Verirrung in den Bereich abscheulichster Gewalt, trotz strafbarer Staatsgefährdung wertvolle Menschen . . . sind von Soldatenhand, ohne Richtspruch, ohne unanfechtbares Zeugnis, aus wildem Leben geschleudert worden."

Man mag zu Harden als Politiker stehen wie man will, sein juridischer und prozessueller Scharfblick steht außer Frage. Und dieser Blick sieht auch hier das Richtige. Rücksichtslos reißt Harden allen Wahrheitsvertuschern die Maske vom Gesicht und fällt ein unbarmherziges Verdikt über die Mörder und ihre Helfershelfer.

Revoltierende Menschlichkeit.

Von einem Hauptmann a. D. erhalten wir folgende Zuschrift:

„Ich bin absolut kein Vertreter der radikalen Richtung Liebknechts, halte aber den feigen, viehischen Mord für mehr als verdammenswürdig.

Aus den Zeitungen ersehe ich, daß eine kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet ist. Dabei kommt gar nichts heraus.

Ich bin 20 Jahre Offizier gewesen, kenne den Rummel mehr wie genau und behaupte: daß Kriegsgerichte auf Befehl arbeiten — es handelt sich um „bestellte Arbeit", sie lassen sich von den militärischen Vorgesetzten beeinflussen, es ist meist abgekartete Sache.

Ich spreche dem Militärgericht jede Objektivität und Unparteilichkeit ab.

Handelt es sich unmißliebige Personen, um Untergebene, dann wird mit aller Strenge vorgegangen, handelt es sich um einflußreiche Persönlichkeiten mit guten Beziehungen, dann geschieht nichts.

Im Interesse der Sache bitte ich daher zu fordern, daß der Fall Liebknecht—Luxemburg durch ein besonders einzusetzendes Revolutionstribunal zu untersuchen und abzuurteilen ist, da nur so Aussicht besteht, die Angelegenheit zu klären.

Sonst wird alles vertuscht, verläuft im Sande.

Als Sachverständiger auf militärischem Gebiet hebe ich folgendes hervor: Wenn den Militärs ernstlich an dem Schutze der Verhafteten gelegen gewesen wäre, hätten sie diesen mit Leichtigkeit erzielen können. Es war erforderlich: ein starkes Wach- bezw. Transportkommando, entsprechend dem Ernst der Lage und der Wichtigkeit der Persönlichkeiten. Drängte die Menge heran, so brauchte nur gerufen zu werden: „Straße frei, es wird geschossen". Es hätte nur halb so viel geschossen werden brauchen, wie sonst seitens der Regierungstruppen auf den Straßen, und kein Mensch hätte sich blicken lassen. Die Schuld trifft nicht den Transportführer allein, sondern in erster Linie den Führer der betreffenden Division (Garde-Kavallerie-

Los vom Kitsch!

Zur Uraufführung von Walter Eidlitz' „Hölderlin" im Schauspielhaus am 20. Januar.

Das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt war einmal königlich. Wer möchte es nicht vergessen? Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die große Umwälzung dort nicht ohne Spuren bleibt. Soll es genug sein, daß man die Hofloge überhängt, und soll Lakaienkunst unabänderlich von der Bühne herab verzapft werden? Ernst Hardt hat das Weimarische Hoftheater zum Nationaltheater ausgerufen. Ein frommer Wunsch zunächst. Denn die Mitglieder der Konstituante werden dort die dramatischen Dialoge zu spielen haben, bis der Vorhang über dem Revolutionsdrama gefallen sein wird. Und das kann gute Weile haben. Berlin ist solange politisch entthront, soll es vom Reich auch künstlerisch entthront werden? Berlin hat ein Recht darauf, ein Nationaltheater zu besitzen, die Bühne des deutschen Volkes. Da die Volksbühne unter Friedrich Kayßler sich der Zeit versagt und sich in allerlei literarische Experimente verliert, wäre das Schauspielhaus berufen, wahrhafte Volksbühne zu werden.

Es ist in Berlin mit manchen Traditionen gebrochen worden. Das Ministerium für Volksbildung hat eine heilige Aufgabe auch im Theater, das Bildungsstätte ist wie kaum sonst etwas im Staate. Scheut es sich, mit kräftigem Griff, Neues an die Stelle von Altem zu bringen, wo man nur Kulissen einzureißen braucht, um Revolution zu verwirklichen? Fehlen die Männer, fehlen die Talente? Ist keine Jugend da, oder ist man nur zu verbindlich, Greise der Kunst auf's Altenteil zu setzen? Wahrlich, das deutsche Theater ist jahrzehntelang nicht so reich gewesen an schöpferischen Kräften, an jungem Unterholz, das verzweifelt um Licht kämpft gegen morsche Stämme. Man muß ans Roden gehen, und darf nicht säumen, wenn nicht der Wald der Zukunft zugrunde gewirtschaftet werden soll. Berlin muß aufforsten! Für einen Naturschutzpark deutscher Dramatik taugt der Boden nicht. Das Schauspielhaus müßte selbst dann Hüter bekommen, die nicht angekränkelt sind von der Museumsseuche einer volkskunstlosen Zeit.

Das Schauspielhaus beweist immer wieder, daß es nicht erfüllen kann, was man fordert. Die Angst, mit der man dort periodisch nach der Jugend greift, könnte belustigender wirken von Fall zu Fall, wenn's nicht so traurig wäre zu sehen, wie kläglich das göttliche Pfund verwuchert würde. Wer ist in der Unfähigkeit, Zeit und Jugend zu beurteilen, auf Walter Eidlitz verfallen und seinen „Hölderlin"? Es wäre besser, über dies Stück zu schweigen, wenn es nicht dort gespielt und aus der Taufe gehoben worden wäre, wo man reden muß. Neun Bilder, Szenen eines Schicksals, wie sie der Autor nennt, eine bunte Postkartenserie in der verwaschenen Sentimentalität tränen- und wortreicher Biedermeierlyrik. Von Hölderlin bleibt nichts als der Wunsch, seinen „Hyperion" aufzuschlagen und einen einzigen seiner Briefe zu lesen, um die Verzweiflung an seiner Verunstaltung los zu werden. Es ist eine Schmach, daß Schauspieler zu solchem Machwerk mißbraucht werden, und schmachvoller noch, daß man mit solch unreifer „Jugend" die Dichterjugend Deutschlands diskreditiert. Der Trompeter von Säckingen wird übertrompetert, und der Spielleiter Dr. Reinhard Bruck spannt diese literarische Oeldruckleistung in einen eirunden Rahmen vor das Bühnenfenster, um den Diaphanien-Geschmack noch zu betonen. Als man in diesem Theater einst sardanapalisch tat, lachte ganz Deutschland hämisch. Aber damals hatte man kein Recht dazu, denn der Geist Wilhelms II. hatte ein Recht, dort umzugehen. Aber heute, im dritten Monat der Revolution?

Nicht einmal die Entschuldigung, daß man es mit der Erbschaft des ancien régime zu tun habe, kann die Intendanz ihrer Schuld entlasten. Man hat noch mit ganz anderen Erbschaften aufräumen müssen, und ganz andere Verträge sind von der Revolution rechtmäßig gebrochen worden. Nein, man will die Jugend und Kunst für das Volk. Aber diese Intendanz weiß nicht, was Jugend ist, weiß nicht, was Kunst ist, und hat anscheinend nicht die blasseste Ahnung vom Willen des Volkes. Kitsch ist ihr Programm, weil sie erzogen ist vom Kitsch und nichts kennt als ihn.

Noch ist es Zeit. Das Beispiel des Eidlitzschen „Hölderlin" ist eine Warnung. Noch ist der Weg nicht endgültig verbaut. Noch kann man trösten und sagen: vielleicht wird's anders. Aber wieder solchen „Hölderlin", und es bleibt nichts übrig als zu rufen: „Volk, meide das Schauspielhaus und verbilde Dich lieber im Kino!"

Dies sei ein Appell an die Berufenen. Sorgt, daß es anders werde. Los vom Kitsch im Schauspielhause des Volkes!

Ulrich Steindorff.

Kunstkalender.

Ferdinand Bonn ist von den Direktoren Meinhard und Bernauer für ein mehrmaliges Auftreten verpflichtet worden und spielt morgen (Freitag) zum ersten Male die Rolle des „Dr. Schön" in Frank Wedekinds „Erdgeist" im Komödienhause.

Carl Larsson.

Von Dr. Carl David Marcus (Schweden).

Carl Larsson ist gestorben. Im Heimatlande des Künstlers weiß jedes Schulkind, wer Carl Larsson ist. Keiner der bildenden Künstler Schwedens war so allgemein bekannt, so beliebt wie er, und von Schweden wanderte seine Kunst und sein Ruhm in die Welt hinaus, gelangte so nach Deutschland, das mit Freuden die Hand nach seiner schönen Kunst ausstreckte, und woselbst er sich fast derselben Beliebtheit erfreuen konnte wie in seiner Heimat. Wer kennt nicht die hübsche Ausgabe einer Anzahl Reproduktionen von Carl Larssons Bildern und Illustrationen: „Das Haus in der Sonne", eins der gelungensten Werke auf dem Gebiete der guten Kunst für die Masse?

„Das Haus in der Sonne". Das Wort ist so selten bezeichnend für das ganze Leben und Schaffen dieses echt nordischen Meisters. Als armer Geselle kam er nach Stockholm in die Druckereilehre, zeigte aber bald ein ausgeprägtes Talent zum Zeichnen und betätigte sich als Illustrator. Dank der Hilfe eines berühmten schwedischen Mäcens war es ihm möglich, die damals für jeden nordischen Maler notwendige Reise nach Paris anzutreten, und er verbrachte einige reglame Jahre in Frankreich zusammen mit einer ganzen nordischen Kolonie. Es war noch um die Zeit des französischen Impressionismus: Larsson fiel bald genug auf durch seine urwüchsige, humoristische Persönlichkeit und sein frisches Drauflosgehen

Heimgekehrt fand er rasch sich selbst. Er gründete, noch jung, ein eigenes Heim, setzte sich fest in der schönen, durch Selma Lagerlöfs Schilderungen bekannten Provinz Dalarne. Und von jetzt an wurde sein Schaffen ein Lichtpunkt für ganz Schweden. Er hat seine Modelle, seine Umgebung, seine Eigenart hier für sein ganzes Leben gefunden. Es gibt einen berühmten französischen Maler, der das Milieu der Pariser Kokotten ununterbrochen geschildert und sich hier zu Hause gefühlt hat. Es gibt einen schwedischen Maler, der immer und immer wieder seine Frau, seine Kinder, seine Haustiere, seine Zimmer, seinen Garten malte und zeichnete.

Wann war ein moderner Maler so fest mit der eigenen Scholle, mit der eigenen Familie verwachsen, wie Carl Larsson es war? Seine Werke bilden eine wahrhafte Familien-Chronik: wir sehen seine Frau noch jugendlich und schlank; es stellt sich das erste Kind ein, es kriecht in den Zimmern und auf den Kieswegen

Schützen-Division). Derselbe hätte als Verantwortlicher für besseren Schutz sorgen sollen.

Liebknecht war durch Kriminalbeamte verhaftet worden. Wie kam die Garde-Kavallerie-Schützen-Division dazu, ihn zu einem Verhör in ihr Stabsquartier zu schaffen? Haben wir denn Belagerungszustand?

Das ist ja schon mehr wie Diktatur!

Warum wurden die Verhafteten nicht in einem geschlossenen Wagen abtransportiert?

Warum wurden nicht — da es doch ganz offensichtlich war, daß den Verhafteten ernste Gefahr drohte — mit dem Abtransport bis zur Nacht resp. zur frühen Morgenstunde, wo die Straßen leer sind, gewartet?

Es ist typisch, daß man nun alle Schuld auf den Leutnant als Transportführer abwälzen will. Wenns beim Militär knickt, ist es stets Schuld des Untergebenen. So war es auch im Felde. Die hohen gottbegnadeten Generäle trugen nur dann die Verantwortung, wenn alles glänzend gut geht, dafür erhalten sie ihr hohes Gehalt, Rang und Würden und viele, viele Orden. Wenn aber die Karre schief geht, dann ist der Untergebene der Schuldige. Dann haben die hohen Herren plötzlich keine Verantwortung mehr.

Meines Erachtens ist im vorliegenden Falle der Vorgesetzte der Hauptschuldige, weil er nicht die richtigen Vorkehrungen getroffen und die erforderlichen Instruktionen gegeben hatte. Bei der Wichtigkeit der Personen und der unverkennbar großen Gefahr, die ihnen drohte, hätte der Divisionskommandeur persönlich alle Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Unter richtiger Würdigung der Stimmung — wie sie namentlich unter den Offizieren gegen die Verhafteten vorherrschte, und die sich in einer in den widerlichsten Schimpfereien und Ausdrücken und Hetzerei Luft machte —, bin ich der festen Ueberzeugung, daß es vollkommen Absicht war, Liebknecht und Rosa Luxemburg zu beseitigen. Für diese Auffassung sprechen meines Erachtens zahlreiche Tatbestandsmerkmale.

Ich bemerke noch, daß ich lange Zeit während meiner 20jährigen Dienstzeit als Gerichtsoffizier tätig gewesen bin, zahlreiche Male im Kriegsgericht gesessen habe, also aus der Praxis her den Betrieb mehr wie gut kenne. — Seien Sie auf der Hut!..."

Revolutionsfälschung.

In den Tagen der Spartakuskämpfe ließen die Rechtssozialisten in den Straßen Berlins einen Aufruf Plakatieren, der mit den schreienden Worten begann: „Wir haben die Revolution gemacht!" Diese Behauptung war eine dreiste Fälschung. Denn alle diejenigen, die sich an den Vorarbeiten für die Revolution beteiligt hatten, die sie herbeiwünschten, in ihr das alleinige Heil erblickten, um aus dem ungeheuren Chaos des Krieges herauszukommen, alle diejenigen wußten und wissen es noch, daß die Revolution entgegen dem Willen der Rechtssozialisten kam, daß diese alles getan haben, um ihren Ausbruch zu verhindern, daß sie noch in letzter Stunde gebremst, gewarnt, zur „Besonnenheit" ermahnt haben.

Die Revolutionsbremser saßen aber nicht nur allein in Berlin sondern überall im Reiche. Ueberall, wo Rechtssozialisten saßen, bangte man vor der Revolution, stemmte man sich ihrem Kommen entgegen, versuchte man die Welle zu bannen. So ist die „Bremer Bürgerzeitung" in der Lage, einen Bericht des Kommandierenden Generals des 9. Armeekorps über seine Tätigkeit bei Ausbruch der Revolution zu veröffentlichen. In diesem Dokument heißt es bei der Besprechung der Vorgänge in Hamburg, daß die „gemäßigten Gewerkschaftler entgegen den dem Generalkommando von ihren Führern gemachten Versprechungen" sich als machtlos erwiesen, die revolutionäre Flut eingudämmen.

Damit ist also erwiesen, daß führende Gewerkschaftler eine Konferenz mit dem Generalkommando hatten und ihre Mithilfe im Kampfe gegen den Ausbruch der Revolution zusagten. Jetzt sind die Herren auf einmal zu ihren Nutznießern geworden und preisen sich als die Urheber an. Man kann es verstehen, wie sehr das Geschick der Revolution gefährdet ist, wenn es weiter in den Händen dieser Elemente ruht.

---

herum, wird groß; die Geschwister stellen sich ein, man spielt und tollt zusammen, die Weihnacht wird gemeinsam gefeiert, man versammelt sich gemeinsam im Sommer zum Baden. Die älteste Tochter, uns allen als „Susanne" bekannt, wird schon ein junges Mädchen, wir folgen ihrer weiteren Entwicklung, sie wird Braut und Mutter. So geht das Leben dort in dem freundlichen Landhaus seinen ruhigen, epischen, ewigen Gang, wie unerschüttert von den Stürmen, die ringsherum über die Erde tosen. „Das Haus in der Sonne". Das Glück des eigenen Heims.

Wenn auch dieser Motivkreis vollständig im Mittelpunkte des Schaffens Carl Larssons steht, widmete sich der überaus fleißige Künstler auch anderen Aufgaben. Er hat seine Tätigkeit als Illustrator in rühmlicher Weise fortgesetzt, er hat auch verschiedene Porträts geschaffen, ohne daß er hier immer das Höchste erreichte. Er hat auch einige Aufgaben größten Stils ausgeführt: historische Fresken für das Nationalmuseum in Stockholm, wobei er in einen lebhaften Streit mit verschiedenen Künstlern und Behörden geriet, über den die Akten noch nicht geschlossen sind.

Aber womit er sich auch betätigt, stets ist die Einheit seines Schaffens gewahrt, so daß jedermann sofort an einem Werke sehen kann, daß es von ihm herrühren muß. Er arbeitet mit hellen, dünnen Farben, er liebt vor allem die Linie und stellt allmählich die Figuren in das Bild hinein, als wäre er ein japanischer Maler — er ist, wie so viele Meister der impressionistischen Richtung, unmittelbar von der japanischen Kunst beeinflußt. — Er verfügt auch wirklich über eine Grazie und über eine Leichtigkeit in der Handhabung seiner Mittel, in der rein poetischen Darstellung des Motivs, die vom Orient herrühren könnte, wenn sie nicht eine so ausgeprägte schwedische Eigenart wäre. Er verfällt aber selten genug in reine Spielerei mit der Linie, weil er noch ein Künstler und ein Mensch ist, dessen Herz von Güte für die einfachsten und größten Werte des Lebens erfüllt ist, so daß er von der allerneuesten Richtung der Malerei sehr wenig begeistert war. Ihm waren das abstrakte Experimentieren und die gewaltsame Verrenkung der Natur ein Rätsel. Er wird in der Geschichte der Kunst weiterleben, solange noch auf germanischem Grund und Boden ein eigenes Heim gebaut wird. Er wirkt gestern wie heute weiter ebensosehr als Künstler wie als Mensch. Er predigt in jedem Werke die Einheit seiner gemütvollen, blonden, nordischen Persönlichkeit, die das eigene Heim braucht, um sich voll entfalten zu können. Er ist ein glücklicher Mensch und ein erfolgreicher Künstler gewesen; sein Werk ist von demselben lichten Geist beseelt, wie das gesamte anderer nordischen Größen: Selma Lagerlöf und Björnson.

Matrosenhetze.

Die Reaktionäre fühlen sich wieder obenauf. Seid Herr Noske mit „starker Hand" die Bourgeoisie bewaffnet und die Spartakisten niedergeschlagen hat, vergeht kein Tag, wo nicht durch Wort oder Schrift an den kargen Errungenschaften der Revolution gerüttelt wird; kein Tag, wo nicht versucht wird, die Träger der Revolution zu beschimpfen, ihren Kampf für Befreiung aus Knechtschaft und Schmach in den Kot zu ziehen. Sie können sich dieses Treiben jetzt erlauben. Ebert-Scheidemann-Landsberg-Noske haben ihnen den Mut gestärkt und einen Freibrief für alle unverfrorenen Hetzereien ausgestellt.

Zur Abwechslung geht man in seiner Wühlarbeit jetzt wieder einmal gegen die Matrosen vor. Man sieht die ehemaligen „herrlichen blauen Jungs" nicht mehr gerne in Berlin. Ein Herr Dr. Falb, frisch „aus dem Felde zurückgekehrt", hat sich in der „Post" eine längere Anpöbelung erlaubt, die jetzt in der Form eines Sonderabdruckes massenweise in der Stadt verbreitet wird. Der Herr Dr. Falb ist empört darüber, daß die Matrosen sich nicht in einer letzten „ruhmvollen" Schlacht für die Interessen der alldeutschen Kriegsmacher hinschlachten ließen. Er ist empört über die Abgabe der Schiffe an England. Er beschuldigt die Matrosen, weil sie, statt bis zum letzten Mann für den Geldsack zu kämpfen, durch eine mutige Tat dem Volke den Weg zur Freiheit geebnet haben. Er legt den Matrosen eine Reihe von Fragen vor, die so dumm und kindisch sind, daß sie nur beweisen, daß unter den alten Machtverhältnissen auch Einfältige den Doktortitel erlangen konnten. Er fragt:

„Seid ihr Matrosen — wo sind eure Schiffe? —
Seid ihr Soldaten — wofür habt ihr gekämpft und geblutet? —
Seid ihr Bürger? — wo ist eure Arbeit?
Was habt ihr für das deutsche Volk getan? —
Der französische Matrose verachtet euch.
Der französische Matrose verachtet euch
Der deutsche Soldat verachtet euch.
Der deutsche Bürger verachtet euch.
Was wollt ihr denn noch immer in Berlin? —"

Die Matrosen können über diese Kindereien zur Tagesordnung übergehen. Was sie durch ihre mutige Tat für das Volk getan haben, wird ihnen die Geschichte danken. Sie verzichten auf den Beifall jener, denen der Krieg ein willkommenes Mittel zur Bereicherung war und die ihn deshalb bis ins Endlose fortgesetzt wissen wollten.

Die Schutztruppe Wilhelms.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß in einem Hotel am dortigen Hauptbahnhof zur Feier des 60. Geburtstages des früheren Kaisers Wilhelm II. eine Frankfurter Ortsgruppe für die persönliche Freiheit und den Schutz Wilhelms II. gebildet wurde, der über 400 Personen beitraten.

Selbst Graf Reventlow, der große U-Boot-Held zu Lande, der gestern wieder einmal einen öffentlichen Vortrag hielt, erklärte, Wilhelm werde nicht zurückkehren, man solle sich keiner Illusion hingeben. . . .

Politische Nachrichten.

Herr Dr. Weinberg teilt uns einem heftigen persönlichen Angriff des „Vorwärts" gegenüber mit, daß die Darstellung des „V." vollständig unrichtig ist. Eine genauere Richtigstellung wird morgen erfolgen.

Die württembergische Regierung. Die Verfassunggebende Landesversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 102 gegen 24 Stimmen den Antrag der Deutsch-demokratischen Partei, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, worin die provisorische Regierung, die ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatte, beauftragt wird, die Geschäfte weiterzuführen.

Vom alten Stamm. Zum deutschen Gesandten in Kopenhagen ist der frühere Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Neurath ernannt worden.

Der Ausbau des Antwerpener Hafens. Die Regierung beschloß, sofort mit Arbeiten zum Ausbau und zur Unterhaltung des Antwerpener Hafens zu beginnen. Es ist dafür eine Summe von 50 Millionen Francs vorgesehen.

Auf dem Sozialistenkongreß in Bologna gingen die Maximalisten als Sieger hervor. Bombassis revolutionäre Resolution wurde mit 800 gegen 150 Stimmen angenommen. Die gemäßigte Minderheit scheidet nunmehr aus. Sie bildet eine neue Partei.

Stellungnahme zum Parteitag.

Kreis Niederbarnim.

Die Kreisgeneralversammlung von Niederbarnim hat am Mittwoch Stellung zum Parteitag genommen. Ein Antrag, die Stellungnahme auf eine später einzuberufende Generalversammlung zu verschieben, um die eingehende Durchberatung in den Bezirken zu ermöglichen, wurde abgelehnt.

Der Kreisvorsitzende Witke wies einleitend auf die Bedeutung der einzelnen Tagesordnungspunkte des Parteitags hin. Insbesondere forderte er mit allem Nachdruck, daß das Rätesystem zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werde.

Brühl sprach über die Einigungsbestrebungen. Nach der Revolution, so führte er aus, können wir uns nicht mit einer bloßen Kritik begnügen, sondern wir müssen praktische Vorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens machen. Das zwingt uns, uns vor jeder verschwommenen Politik streng zu hüten. Demgemäß kann eine Einigung nur erfolgen, wenn über die Grundfragen einer rein proletarischen Politik Uebereinstimmung herrscht. Die vom Zentralvorstand der U.S.P.D. Groß-Berlins aufgestellten Leitsätze bieten eine solche Grundlage. Die erste Sorge des revolutionären Proletariats muß die Verwirklichung einer sozialistischen Republik sein. Finden aber Einigungsverhandlungen von Ort zu Ort statt, dann besteht die Gefahr, daß diese wichtigen Gesichtspunkte vernachlässigt werden.

Brühl kam dann weiter auf das Rätesystem zu sprechen. Wenn wir den Lauf der Dinge in letzter Zeit betrachten, zeigt sich täglich deutlicher, welch großer Fehler auf dem Rätekongreß begangen wurde, daß sich die Unabhängigen nicht an der Wahl zum Zentralrat beteiligten. Vieles wäre anders, in unserem Sinne günstiger verlaufen. Das Rätesystem ist nicht das einzige Mittel, um weiter zu kommen auf dem Wege zur sozialistischen Politik. Man müsse es nur gehörig ausbauen und vor allem seine Stellung und die der Nationalversammlung klar abgrenzen.

Liesegang sieht dagegen in der Räteverfassung die einzige Möglichkeit, aus dem Dilemma herauszukommen, in das uns der Krieg gestürzt hat. Wollten wir nach Kautskys Rezept den Kapitalisten erst Zeit lassen, die Produktion zur vollen Blüte zu entfalten, dann würden sie wieder fest in ihrer Machtposition sitzen. Darum sei jetzt der gegebene Zeitpunkt, zu sozialisieren. Das Mittel dazu sei das Rätesystem.

Küter führte aus: Wie die Regierung sich auf dem Rätekongreß durch die Ueberreichung der sieben Hamburger Punkte „gestört" fühlte, fürchte er anscheinend auch anläßlich der Tagung der Nationalversammlung derartige „störende" Zwischenfälle. Sie will aber mit Gewalt in der Schwarzkarde am Königsplatz in den alten gerüttelten Kreis fallen, und deshalb flieht sie nach Weimar. Der Kuhhandel mit den bürgerlichen Demokraten ist offenbar schon perfekt, der die letzte Errungenschaft der Revolution preisgibt.

Angesichts dieser Sachlage müssen wir gleichzeitig mit der Tagung in Weimar einen Rätekongreß einberufen. In der Einigungsfrage haben die Mehrheitsblätter und -führer bisher bewiesen, daß sie die Einigung gar nicht ernstlich wollen. Einem unwürdigen Kompromiß zuzustimmen, haben wir aber keine Veranlassung.

Kubig-Pankow unterstützt gegen Liesegang den Standpunkt Brühls in bezug auf das Rätesystem. Die Entwicklung, die die U. S. P. D. in der kurzen Zeit ihrer Wirkungsmöglichkeit genommen habe, lasse erkennen, daß wir in Kürze ein beachtlicher Faktor im politischen Leben sein werden, der sich neben den Mehrheitlern wohl sehen lassen kann. Angesichts der Bestrebungen des Bürgertums, die Zersplitterung des Proletariats weiterzutreiben, müsse jeder Weg begangen werden, der zum Zusammenschluß führe.

Schindler-Pankow weist den gegen die Zentralstelle für Einigung des Proletariats erhobenen Vorwurf zurück, daß sie eine neue Partei gründen wolle. Sie beabsichtige lediglich, zu untersuchen, was die einzelnen Teile trennt und durch welche Mittel der Gegensätze überbrückt werden können. Da die Revolution noch lange nicht gesichert sei, halte er die Tätigkeit der Zentralstelle für ganz unerläßlich.

Gäbel tritt mit aller Entschiedenheit für das Rätesystem ein, da wir auf dem bisherigen Wege nicht zur wirtschaftlichen Macht gelangen könnten. Die Trennung in der Arbeiterbewegung sei darauf zurückzuführen, daß die Mehrheitler das Erfurter Programm, die Grundlage proletarischer Politik, beiseite gestellt haben. Solange die S. P. D. nicht entschlossen auf den alten Kampfboden zurückkehrt, ist eine Einigung nicht möglich. Und wer den Führern auf ihren Irrwegen Gefolgschaft leistet, ist unser Gegner, denn er verrät die proletarischen Interessen. Wollten wir Kautskys Aktionsprogramm annehmen, würden wir in einen Sumpf geraten. Klar und unzweideutig unsere Haltung präzisiert, und die Massen werden uns zuströmen.

Hierauf wurde die Weiterberatung über diesen Punkt vertagt. Es sollte dann über die Kommunalwahlen verhandelt werden. Aber nur die Frage, ob mit den Mehrheitlern die Listen zu verbinden seien, wurde erörtert. Die Aussprache war zum Teil äußerst lebhaft. Eine Abstimmung hierüber ergab 104 Stimmen gegen und 97 Stimmen für verbundene Listen.

Da infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht weiterberaten werden konnte, wurde beschlossen, auch diese Frage erneut auf der zum Sonntag einberufenen Fortsetzung der Generalversammlung zur Debatte zu stellen.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Bankbeamten.

Von einer nennenswerten deutschen Bankbeamtenbewegung kann man seit 1900 sprechen. Damals schlossen die Deutsche Bank, die Darmstädter Bank, die Diskonto-Gesellschaft und die Dresdner Bank, die sogenannten D-Banken, ein Kartell gegen die Freizügigkeit ihrer Angestellten. Der eigentliche Zweck war, die Gehälter zu drücken. Gegen dieses D-Banken-Kartell erhoben die Bankbeamten und ein Teil der deutschen Presse, besonders die sozialdemokratische Presse, scharfen Protest. Aber der Kampf hatte damals nur geringe Erfolge. Im Jahre 1910 trafen die Mitteldeutsche Privatbank, der Magdeburger Bankverein und der Hallesche Bankverein ein Uebereinkommen, wonach die Direktionen Beamte der genannten Institute nicht ohne Zustimmung der betreffenden Dienstgeberin anstellen durften. Das war ein Wiederaufleben jenes Kartells. Danach schlossen sich die Bankbeamten dem Hansabund an, an dessen Spitze der Vorsitzende des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Rießer, stand.

Diese klägliche Politik konnte natürlich den deutschen Bankbeamten keine Hilfe bringen. Sie konnte auch die Achtung der „Chefs" vor ihren Angestellten und deren Organisation nicht heben. Deshalb war die Gründung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, der sich nach dem Beispiel des österreichischen Bankbeamtenvereins auf privatrechtlichen Boden stellte, ein entschiedener Fortschritt. Kurz nach der Gründung des Verbandes setzten die Verfolgungen durch die Unternehmer ein, die immer entschiedener wurden, je energischer die Haltung des Verbandes zur Vertretung der Interessen seiner Mitglieder war.

Als Anfang Oktober 1918 erneut Maßregelungen von Beamten bei der Deutschen Bank vorgenommen wurden, erklärte die Generalkommission der Gewerkschaften der Deutschen Bank, die freien Arbeiterorganisationen würden der Bank ihre Depositen kündigen, wenn die Direktion nicht rückhaltlos das Koalitionsrecht ihrer Angestellten anerkenne. Die Deutsche Bank lehnte dies ebenso wie die anderen Banken ab. Die Generalkommission begann daraufhin mit der Entziehung der Depositen, die damals auf 20 Millionen Mark geschätzt wurden.

Aber der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten konnte sich zu dieser Zeit noch nicht zu einer konsequent gewerkschaftlichen Haltung aufraffen und besonders nicht zur Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel entschließen. Deshalb dachten die Banken gar nicht daran, die Organisation anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln. Die Gehälter waren nach wie vor miserabel, die Freizügigkeit wurde in jedem Augenblick bedroht, ein kleinliches, unwürdiges Schnüffelsystem sorgte dafür, daß Menschenstolz, Selbständigkeitsstolz in den Bankbeamten nicht aufkommen konnte.

Das hat sich auch während des Krieges nicht geändert, die Gehaltsverhältnisse blieben aber schlecht, während die Gewinne der Banken ungeheuer zunahmen. Nach einer Berechnung der Zeitschrift „Der Deutsche Bankbeamte" erhielten für 1915 10 120 Angestellte der Deutschen Bank 8,8 Millionen Mark Gratifikationen, die wenigen Leute der Direktion und des Aufsichtsrates jedoch über 2,6 Millionen Mark. Bei der Diskonto-Gesellschaft betrug die Gewinnbeteiligung der 88 Aufsichtsratsmitglieder rund 711 000 Mark, die Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber über 2 Millionen Mark. Dagegen erhielten die Bankbeamten nur Jammerbeträge. Bei der Dresdner Bank wurden den Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern, insgesamt 134 Personen, 2,4 Millionen Mark ausgezahlt, 5967 Angestellte bekamen jedoch nur 2,75 Millionen Mark an Gratifikationen. Es gab nur geringe Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen, so daß jetzt ein ungeheures Mißverhältnis zwischen den Gehältern der Bankbeamten und der Teuerung besteht.

Die Folge dieser Tatsache ist die jetzige Bewegung der Bankbeamten, die den Zweck hat, den Bankbeamten zu dem nötigen Ausgleich mit der Teuerung der Lebensverhältnisse zu verhelfen. Jetzt ist auch diese Angestelltenschicht erwacht und sucht mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln ihre Lebenshaltung zu verbessern.

Lohndifferenzen in den Bekleidungsämtern. Der vom Oberkommando in den Marken unter dem 10. Januar d. J. verei

Veröffentlichte Entwurf über Neuregelung der Lohnsätze bei den Bekleidungsämtern ist nach einer Besprechung, die zwischen den Verbänden und dem Oberkommando unter Vorsitz des Herrn Schöpflin stattfand, zurückgezogen worden. Es finden nun unter der Leitung des Kriegsministeriums in nächster Zeit neue Verhandlungen statt. In der letzten Veröffentlichung ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als der Stundenlohn von 1,75 M. für Hilfsarbeiterinnen festgesetzt wurde.

Groß-Berlin.

Folgen der Unterernährung.

Nach einem neuen Ministerialerlaß über Landaufenthalt der Großstadtkinder sind laut amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders bei den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Tuberkulose, Skrophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, englische Krankheit und Blutarmut haben in erschreckendem Maße zugenommen, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist ungeheuer gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1—15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte gegen früher gestiegen. Hinzu kommen die schweren Schädigungen des kindlichen Nervensystems. Das Reichsgesundheitsamt hat die unbedingte Fortsetzung der Arbeiten des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder" als dringender denn je gefordert, da gerade ein mehrwöchentlicher Landaufenthalt nach den bisherigen Erfahrungen geeignet ist, erholungsbedürftige, unterernährte Kinder gegen die ihnen drohenden Gefahren widerstandsfähiger zu machen und dadurch einem weiteren Umsichgreifen von Erkrankungen vorzubeugen.

Wie sie suchen und wie sie hausen — schlimmer wie früher. Nach der Niederwerfung der Spartakiden wurde das Neue-Tor-viertel von Waffen gesäubert. Angeblich sollte aus den Häusern der Philippstraße geschossen worden sein. Ein Bewohner hatte die Unvorsichtigkeit begangen, im dunklen Zimmer seine Taschenlaterne aufblitzen zu lassen. Gleich hatten geschäftige Bewohner der gegenüberliegenden Häuser den „Feuerstrahl vom Schuß" gesehen und das mußte gemeldet werden. Den Schützen kombinierte man sich folgendermaßen: In dieser Gegend ist weiter keiner in hervorragender Weise in der Arbeiterbewegung tätig als wie ein Genosse B. Am 9. November fuhr er im „roten Auto", dann ist er während des Putsches nicht zu Hause gewesen (war nämlich auf Agitation in der Provinz), folglich „Vorwärtskämpfer". Und nun gings los. Doch lassen wir den Behaussuchten selber reden: „Mittwochs früh gegen 9 Uhr erhielt meine Frau — da ich auf Arbeit war — den ersten Besuch von einem halben Dutzend bis an die Zähne bewaffneten Soldaten und beschlagnahmten meine schon jahrelang im Besitz befindliche Walter-Pistole. Durch meine Frau in Kenntnis gesetzt, begab ich mich sofort nach dem Depot II Hannoversche Straße und erlangte eine Bescheinung darüber. Die Herrschaften wollten nunmehr am Abend, wenn ich zu Hause sei, wiederkommen, kamen aber später, als ich zu einer Sitzung war. Jetzt wollten sie früher kommen, um mich zu treffen. Auch da erschienen sie erst gegen 9½ Uhr, wo ich auf Arbeit war. Von zwölf Mann wurde jetzt wiederum Wohnung und Boden „gründlich" durchsucht, nach meiner Arbeitsstätte gefragt, worüber natürlich die Auskunft verweigert wurde. Daraufhin Drohungen gegen meine Frau: „Der werden wir es besorgen, die steckt mit dem unter einer Decke" usw. Jetzt wurden Ermittelungen über meine Arbeitsstätte eingezogen. Man verfiel auf eine, wo ich vor Jahren mal gearbeitet hatte, umstellte das Haus während der ganzen Nacht. Nachmittag um 5 Uhr wollten sie wieder in meine Wohnung kommen, aber sie erschienen nicht. Ich ging wiederum zum Depot II, um mich zu stellen, erhielt dann eine Bescheinigung, daß weitere Haussuchungen bei mir nicht vorgenommen werden sollten. Mit diesem Schein in der Tasche ging ich zu einer Sitzung. Als ich gegen 10 Uhr nach Hause kam, war die Philippstraße mit Maschinengewehren besetzt, mein Haus wie eine Festung belagert. Auf der Treppe rannten mir die Nachbarn entgegen und sagten: „Gehen Sie schnell nach oben, die Soldaten schlagen sonst die Tür ein." Als ich von den vier Treppen die letzte erklommen hatte, wurde mir ein „Halt" zugerufen und drei entsicherte Gewehrläufe berührten meine Brust. „Sie haben geschossen," rief mir ein kaum der Schule entronnener Jüngling zu. Erst nach langem Hin und Her gelang es mir den „Weiß-Gardisten" plausibel zu machen, daß ich den oben erwähnten Schein in der Tasche hätte und sie möchten nicht früher losdrücken, bevor ich den gezeigt hätte. Nunmehr durfte ich mich rühren und kam so aus der unangenehmen Situation. Jetzt aber frage ich den Oberbefehlshaber des weißen Schreckens, Herrn Noske: Wie bekomme ich die im Depot II befindliche Waffe wieder oder den jetzigen Geldwert dafür? Selbst unter dem Belagerungszustand des Wilhelmsregimes durfte man eine Waffe im Hause ohne Waffenschein haben. Nur zum Tragen bedurfte man die Erlaubnis.

Die monarchistische Propaganda in den Schulen. Aus Steglitz schreibt uns ein Leser: „Mein Junge besucht die hiesige Mittelschule. Am Montag hielt die Gesanglehrerin eine Ansprache, die darin ausklang daß der arme Kaiser eine schwere Zeit durchmachen müsse. Die Kinder sollen beten, daß er bald wieder auf seinen Thron käme und uns bessere Zeiten schaffe. Mit dem Marsch des Größenwahns: Deutschland, Deutschland über alles! schloß sie ihre Propaganda. Außerdem wurde den gesamten Kindern die häusliche Arbeit erlassen.

So treibt man in den Schulen offene Agitation für den ums Volkswohl ausgerissenen Kriegskaiser".

Von einem Offizier erschossen wurde Sonntag nacht, wie uns heute berichtet wird, ein Sicherheitsmann namens Degenhardt. D. betrat spät abends in seiner Eigenschaft als Sicherheitspolizist die Tanzbar „Schwarzer Kater" am Zoo und forderte zur Einstellung der Beleuchtung auf. Als dieser Aufforderung nicht entsprochen wurde, versuchte Degenhardt das eigenmächtig zu tun. Das mißfiel wieder einem der anwesenden Offiziere, er geriet mit D. zusammen, zog kurzerhand seinen Revolver und schoß dem Sicherheitsmann eine Kugel in den Kopf. Degenhardt wurde nach dem Landwehr-Offizier-Kasino am Zoo gebracht. Der Einschuß befindet sich vorn an der Stirn und ist am Hinterkopf herausgekommen. Bei fast allen verhafteten Offizieren sollen scharfgeladene Revolver gefunden worden sein. Wie verträgt sich das mit dem Noske-Erlaß, nach dem die Offiziere außer dem Dienst Waffen nicht tragen dürfen? Und dann die Ueberheblichkeit der Offiziere, die sich überall fühlen. Das bewies auch ein Vorfall, der sich im Konzerthaus „Clou" zugetragen hat. Dort hielt ohne weiteres ein Offizier eine patriotische Ansprache. Viele Gäste waren erstaunt ob dieser Dreistigkeit und machten kein Hehl aus ihrer Meinung. Das störte den Herrn nicht, er redete und redete. Schließlich wurde das Licht verlöscht, um den Reden des allzu aufdringlichen, geistig nicht normalen Herrn ein Ende zu machen.

Eine Presseabteilung hat sich die Kommandantur in Berlin zugelegt. Zum Leiter ist ein Herr Adolf Bischlager bestimmt.

Dr. Bruno Wille bespricht und liest Heinrich Heine dreimal Montags 8 Uhr Niedervollstraße 12 (nahe Spittelmarkt); Goethes „Faust" fünfmal daselbst Dienstags.

Nowawes. Das Bureau des Soldatenrats, im Restaurant Singer, hierselbst, Priesterstr. 31, ist ab 27. d. Mts. aufgelöst. Irgendwelche Auskünfte oder Nachfragen sind in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags im Rathaus, Zimmer 23, einzuholen.

Aus den Organisationen.

Freie Jugend in Groß-Berlin. Gruppe Rosenthaler Vorstadt. Lokal „Zum Gambrinus". Sitzung abends 7½ Uhr. Zahlreiches Erscheinen aller Jugendgenossen wird erwartet.

Bernau. Am Freitag, den 31. d. M., abends 7 Uhr, findet im Lokal von Adolf Hermann eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Stellungnahme zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Wir erwarten, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen. Mitgliedsbücher legitimieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. — Druck der Lindenbuchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Arbeiter! Funktionäre!

Das solange von Euch entbehrte Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands erscheint endlich.

„Der Arbeiterrat"

soll Euer Sprachrohr und Eure Informationsquelle sein.

„Der Arbeiterrat" erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 50 Pf. (monatlich Mk. 2.—, vierteljährlich Mk. 6.—) im Straßenhandel, durch die Post und in jeder Buchhandlung erhältlich.

„Der Arbeiterrat"

Wochenschrift der Arbeiterräte Deutschlands.

Achtung! Parteigenossen! Möbel, ganze Wohnungs-Einrichtungen, auch einzelne Stücke, gibt billigst ab Bredow, Tischlermeister, Zehdenicker Straße 24.

Reizende Schlafzimmer, Küche, Ankleideschrank, Vertik. einz., Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teitz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verbeten.

Photoapparate! Photoapparate! Ernst, Brückenstr. 6.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische) Harnleiden und Ausflüsse, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Getrennte Räume für Damen und Herren. Aerztlich geleitete Heilanstalt. **Löser,** Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Botenfrauen sucht Spedition. Thornseifer. Lübecker Straße 41.

Botenfrauen sucht Spedition Paul, Grüner Weg 18.

Bekanntmachung

betreffend

Ermittelung des Ergebnisses der Wahlen für die verfassunggebende preußische Landesversammlung in Berlin.

Gemäß § 7 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 in Verbindung mit § 49 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 habe ich den Wahlausschuß zur Ermittelung des Ergebnisses der am 26. Januar d. J. im Wahlkreis Berlin vollzogenen Wahlen für die verfassunggebende preußische Landesversammlung zu einer Sitzung auf

Sonnabend, den 1. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, nach dem Stadtverordneten-Sitzungssaal — Rathaus — berufen.

Dies bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Berlin, den 27. Januar 1919

Der Wahlkommissar
für die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung
gez. Loehning
Stadtrat.

(J.-Nr. 157 Wahl. 19.)

Mandolinen-, Lautenspiel Gitarrenspiel. 3-Monatskurse zur perfekten Ausbildung. 8.— Monatshonorar (10 stündige Schnellkurse). Lehr-Instrumente billigst. Klavier-Violinen-Schnellkurse. Ernst. Oranienstraße 166, III.

Zeitungs-Austrägerinnen werden eingestellt in der Expedition der „Freiheit", Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, 4 Treppen.

Achtung! Spediteure! Straßenhändler! Uebriggebliebene Exemplare der „Freiheit" Nr. 11 und 34 werden zurückgenommen. Verlag der „Freiheit", Schiffbauerdamm 19 IV.

Botenfrauen sucht Lehmann, Liebigstr. 10, auch für Stralau.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, Harnröhrenausflüsse, Syphilis, Mastdarmbrüche, Flechten, Beinleiden, Mannesschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach Primararzt Dr. Hermanns erfolgreichem, giftfreiem Heilverfahren möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannt. u. glänz. bewährten künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Sanabo-Behandlung. Dir. Hermanns Elsasserstr. 42, I Ecke Friedenstraße (4 Min. v. Stadt. Bahnhof) Sprechst. 10—1 u. 4—7 Uhr, Sonnt. v. 10—11 Uhr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau u. Mutter

Marta Jahnke

sagen wir allen Bekannten u. Verwandten, besonders den Genoss. u. Genossinnen von der U. S. P. D. und den Mietern des Hauses Schererstr. 4 unseren innigsten Dank. **E. Jahnke** nebst Kindern, Schererstr. 4

Botenfrauen werden sofort eingestellt. Marie Döring, Berlin W, Steinmetzstr. 38, p. part.

Botenfrauen für die Freiheit stellt ein Spedition Tempelhof Bartsch, Friedrich-Wilhelm-Str. 80, Hof part.

6 Botenfrauen verlangt Spedition Hennig, Lottumstr. 14.

Botenfrauen verlangt **Blänkle,** Boppstrasse 1.

Botenfrauen sucht **Schulz,** Friedenau, Rheinstraße 51.

Botenfrauen sucht Spedition. Engel, Berlin-Lichtenberg, Neue Jahnholstr. 35

Kommunistische Partei Deutschlands

(Spartakusbund)

Bezirk Groß-Berlin.

Aufnahmen für die Partei werden in den nachstehend genannten Bezirkslokalen jeden Abend von 6 bis 9 Uhr entgegengenommen.

1. Bezirk (Zentrum), Restaurant Schultheiß, Mollenmarkt 7.
2. Bezirk (Süden, Südwest, Westen), Löhrich, Putlitzerstr. 8.
3. Bezirk (Moabit), G. Köhler, Wittstocker Str. 19.
4. Bezirk (Gesundbrunnen, Wedding), Nebel, Maxstr. 13; Borchert, Stettiner Str. 12; Dörfel, Müllerstr. 121; Wald, Flugstr. 6; Stoll, Nordufer 8.
5. Bezirk (Schönhauser Vorstadt, Pankow, Nieder-Schönhausen), „Zum Kurfürsten", Pankow, Berliner Str. 102.
6. Bezirk (Nordost, Weißensee, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen), „Prälaten", Lehderstr. 122; J. Müller, Knipprodestraße 110; W. Maaß, Weißensee, Sedanstraße 46; H. Rike, Weißensee, Generalstr. 96; O. Marquardt, Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 85.
7. Bezirk (Osten), W. Schulze, Boxhagener Str. 26.
8. Bezirk (Südosten), Moritz Mix, Stalitzer Straße 59 a.
9. Bezirk (Neukölln, Britz, Treptow, Baumschulenweg), Schmidt, Neukölln, Pannierstr. 9; Dahse, Neukölln, Richardstraße 107; Mebes, Neukölln, Emser Str. 94; Kaiser, Neukölln, Thüringer Straße 15; Schwedler, Neukölln, Weiserstr. 14; Spreewäldchen, Britz, Franz-Körner-Straße.
10. Bezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde), Benscheck, Mariendorf, Chausseestr. 27.
11. Bezirk (Lichterfelde, Lankwitz, Zehlendorf, Teltow), [Bezirkslokal fehlt!]
12. Bezirk (Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Dahlem, Wilmersdorf, Schmargendorf), Henke, Steglitz, Ecke Düppel- und Flensburger Straße; Berg, Schöneberg, Feurigstr. 16; Teschner, Schöneberg, Gothenstr. 80; Klabe, Friedenau, Handjerystr. 60/61; Schilling, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 81.
13. Bezirk (Charlottenburg), Weisheit, Nordhausener Str. 1; Hartfiel, Ecke Kirch- und Grünstraße.
14. Bezirk (Spandau), Abraham, Streitstr. 74; Windt, Pichelsdorfer Str. 5; Wilke, Linden-Ufer 17.
15. Bezirk (Reinickendorf, Wittenau, Tegel), Sturz, Reinickendorf-West, Antonienstraße.
16. Bezirk (Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst), Schulze, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47.
17. Bezirk (Nieder- und Oberschöneweide, Köpenick, Johannisthal, Friedrichshagen), C. Pamp, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 43; E. Bray, Oberschöneweide, Frischestraße 32.
18. Bezirk (Adlershof, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glienicke), [Bezirkslokal fehlt!]

Arbeiter! Arbeiterinnen! Soldaten und Jugendliche! Schließt Euch der Kommunistischen Partei an!